

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(75. - öffentliche - Sitzung am 1. September 2021)

#### Beratungsthemen:

1. **Qualifizierte Leichenschau**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3921](#)

Der - federführende - Ausschuss hörte zu dem Antrag die Ärztekammer an.

2. **Antrag der Fraktionen von SPD und CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu Maßnahmen der Antisemitismusprävention bei islamischen Gemeinschaften**

Der Ausschuss befürwortete den Antrag und nahm eine Unterrichtung durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen. Auf Vorschlag des Ausschussmitglieds der Fraktion der FDP kam der Ausschuss überein, den Mitgliedern des Kultusausschusses die Niederschrift über die heutige Sitzung zur Verfügung zu stellen, soweit sie diesen Tagesordnungspunkt betrifft, und sie zu bitten, den Vorschlägen näherzutreten, die das Justizministerium im Rahmen der Unterrichtung vorgebracht hatte. Auf Vorschlag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen bat der Ausschuss die Landesregierung zudem um einen schriftlichen Überblick über die Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Antisemitismusprävention.

3. **Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus.“ retten - mit dem Bundesprogramm die Zivilgesellschaft in Niedersachsen stärken**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/8340](#)

Das Ausschussmitglied der Fraktion der Grünen schlug vor, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft durchzuführen. Der - federführende - Ausschuss kam überein, über diesen Vorschlag spätestens in der ersten Sitzung nach dem September-Plenum zu beraten.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen Sicherung von Wohlstand, Eigentum und Ressourcen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9588](#)

Auf Vorschlag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen bat der - federführende - Ausschuss die Landesregierung, ihre im Rahmen der ersten Beratung im Plenum abgegebene Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf in einer der nächsten Sitzungen mündlich zu ergänzen.